

Stand: 10.02.2026 12:24:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10274

"Wahlalter 16 bei der Europawahl"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10274 vom 26.02.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11364 des BU vom 14.04.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11900 vom 09.06.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 09.06.2016



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayr, Susann Biedefeld, Martina Fehlner SPD**

Wahlalter 16 bei der Europawahl

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene für eine Vereinheitlichung des Wahlalters auf 16 Jahre bei der Europawahl einzusetzen.

Zugleich soll die Staatsregierung auf Landesebene die nötigen Rahmenbedingungen schaffen und auf Bundesebene darauf hinwirken, um eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre zu ermöglichen.

Begründung:

In seinem am 11. November 2015 verabschiedeten Reformvorschlag, spricht sich das Europäische Parlament mehrheitlich für eine Vereinheitlichung des Wahlalters aus. Bislang gibt es noch kein einheitliches Wahlverfahren für die Wahlen zum Europäischen Parlament; ausschließlich in Österreich ist es Jugendlichen bereits ab dem 16. Geburtstag gestattet, ihrer Bürgerpflicht nachzukommen und wählen zu gehen.

Unabhängig davon sprach der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) auf seiner 29. Sitzung in Straßburg eine entsprechende Empfehlung auf Europaebene aus, um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, am politischen Geschehen partizipieren zu können. Die Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist eine Chance zur Überwindung der Politikverdrossenheit, die gerade mit Blick auf die EU immer deutlicher wahrzunehmen ist. Jugendliche bekämen somit künftig mehr Einfluss auf die Gestaltung ihres unmittelbaren Umfelds. Mit der Senkung des Wahlalters wären auch politische Verantwortungsträger gezwungen, sich stärker an den Interessen junger Menschen zu orientieren.

Damit Jugendliche sich der „neuen“ Verantwortung motiviert stellen können, muss die Thematik der politischen Bildung auf Landesebene in die Lehrpläne integriert werden. Sie müssen auf das Wahlrecht vorbereitet und an gesellschaftspolitische Themen herangeführt werden. Denn wenn bereits durch die Schule die Relevanz politischer Teilhabe vermittelt wird und die Möglichkeit geschaffen wird, noch während der Schulzeit mit 16 Jahren politisches Bewusstsein zu entwickeln und das Wahlrecht zu erlangen, stellt dies eine gute Grundlage für eine positiv geprägte politische Sozialisation dar.

Um eine Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre zu ermöglichen, ist das geltende nationale Wahlrecht, geregelt im Europäischen Wahlgesetz (EuWG) § 6 Abs. 1 Satz 1 entsprechend anzupassen.

Es muss im Interesse der Staatsregierung sein, junge Menschen stärker für Politik zu begeistern und ihr Recht auf demokratische Teilhabe zu stärken. Ein umfassender Einsatz für die Vereinheitlichung des Wahlalters auf 16 Jahre bei der Europawahl ist daher unabdingbar.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Franz Schindler,
Horst Arnold u.a. SPD
Drs. 17/10274**

Wahlalter 16 bei der Europawahl

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Linus Förster**
Mitberichterstatter: **Thorsten Schwab**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 5. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 14. April 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayer, Susann Biedefeld, Martina Fehlner SPD**

Drs. 17/10274, 17/11364

Wahlalter 16 bei der Europawahl

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Claudia Stamm

Abg. Dr. Linus Förster

Abg. Andreas Lorenz

Abg. Florian Streibl

Staatssekretär Gerhard Eck

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 3 und 4** auf. In die Beratung einbezogen werden die **Listennummern 3 und 4** der Anlage zur Tagesordnung.

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher an demokratischen

Entscheidungsprozessen - Jugendbeteiligungsgesetz ([Drs. 17/9735](#))

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung der Verfassung, des Landeswahlgesetzes und des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes

Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Wahlen, Volksbegehren,

Volksentscheiden und Volksbefragungen sowie Bürgerbegehren und

Bürgerentscheiden ([Drs. 17/9757](#))

- Zweite Lesung -

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Absenkung des Wahlalters auf 16 ([Drs. 17/9379](#))

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. (SPD)

Wahlalter 16 bei der Europawahl (Drs. 17/10274)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zum Dringlichkeitsantrag betreffend "Absenkung des Wahlalters auf 16" auf der Drucksache 17/9379 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! In der Ersten Lesung zu unserem Gesetzentwurf, der zum Inhalt hat, dass Jugendliche ab dem Alter von 16 wählen können und in Bürgerversammlungen das Wort ergreifen können, wann immer sie das wollen, habe ich erzählt, dass ich sehr gerne und sehr oft Schulklassen bei mir habe und, wenn es irgendwie geht, auch zu Schulklassen gehe. Es ist tatsächlich so –

–

(Unruhe)

Ich glaube, es war im Ältestenrat Thema, dass das Ratschen auf der Regierungsbank ziemlich stört, und ich fände es sehr schön, wenn man es nicht gleich am nächsten Tag wieder praktizieren würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich war in einer Grundschulklasse. Eigentlich bin ich zum Vorlesen gekommen. Stattdessen haben mich die Grundschülerinnen und Grundschüler zu Snowden gelöchert und gefragt, warum diejenigen, die Informationen weitergeben, bestraft werden und nicht die anderen. Sie haben mich gar nicht gehen lassen. Es war eine Dreiviertelstunde vorüber, es gingen alle Hände hoch, und es kam die nächste politische Frage. Ich muss feststellen: Je älter die Jugendlichen sind, desto weniger Enthusiasmus ist bei politischen Fragen feststellbar. Es ist zwar nicht empirisch belegt, was ich erzähle, aber es ist so. Es scheint bei der von mir besuchten Klasse so etwas wie eine natürli-

che Neugierde der Grundschülerinnen und Grundschüler an dem politischen Geschehen zu geben. Das betrifft auch das, was in diesem Landtag und der Politik passiert.

Ich möchte diese Neugierde erhalten und deswegen Möglichkeiten eröffnen, dass Kinder und Jugendliche partizipieren können. Sie sollen die Möglichkeit bekommen, bei den Bürgerversammlungen mitreden zu dürfen, und wir wollen, dass Jugendliche ab 16 wählen dürfen. Wir nehmen die Jugendlichen ernst. Nehmen Sie die Jugendlichen mit uns ernst und lassen Sie sie teilhaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können nicht auf der einen Seite beklagen, dass die Gesellschaft immer älter wird, dass die Gesellschaft vergreist, und auf der anderen Seite diejenigen, die diese Zukunft zu stemmen haben, nicht an den Entscheidungen teilhaben lassen. Wir müssen ihnen ein Mitspracherecht geben. Ich weiß, jetzt kommt wieder das Argument, man sei auch erst mit 18 volljährig. Es gab auch in der Historie schon einmal ein Auseinanderklaffen zwischen Volljährigkeit und Wahlalter, da war es umgekehrt.

Sie müssen wahrnehmen und erkennen, dass Kinder und Jugendliche heutzutage immer früher immer reifer werden. Das sage nicht ich als Claudia Stamm, das sagen die Entwicklungspsychologen. Nehmen Sie das endlich wahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt die SINUS-Studie mit dem Titel: "Wie ticken Jugendliche 2016? – Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland". In diesem Zusammenhang kann ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, die Angst vor den Wählerinnen und Wählern, die da kommen, nehmen. In der Studie kommt heraus, dass die Jugendlichen sehr wohl an einem Wertekanon und an Zweierbeziehungen interessiert sind. Das ist ihre Vorstellung von Liebe. Sie sind aber gleichzeitig für Toleranz und eine kulturelle Vielfalt der Gesellschaft. Aus meiner Sicht müsste man fast schon von Neokonventionalismus reden, wenn man liest, was die Jugendlichen

als Antwort gegeben haben. Es ist nicht die revolutionäre Jugend, die zur Wahl gehen könnte, wie vielleicht auf dieser Seite des Saales befürchtet wird. Das Gegenteil ist der Fall, und deshalb frage ich Sie: Wovor haben Sie eigentlich Angst, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU?

(Beifall bei den GRÜNEN)

– Ehrlich gesagt: Ich hatte gehofft, dass wir bei der Beratung dieses wichtigen Themas auch interfraktionell und über die Fraktionen hinweg in Bayern etwas bewegen können. Ich hatte auch gehofft, dass eine Anhörung zur Jugend in Bayern dazu beitragen könnte. Nachdem die Anhörung aber auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben ist – auf jeden Fall ist immer noch kein Termin dafür anberaumt –, müssen wir jetzt die Initiative ergreifen und diesen Gesetzentwurf einbringen. Ich würde mich immer noch freuen, wenn Sie sich bewegen könnten. Es ist wichtig, und es geht gar nicht darum, ob Sie recht haben, Herr Minister Söder und Herr Ministerpräsident Seehofer, ob die CSU recht hat, ob die SPD recht hat, oder ob wir recht haben. Es geht einfach nur darum – das ist der Wert an sich –, unsere Demokratie zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht darum, die beste und schönste Form des Zusammenhalts, die wir kennen, zu stärken und zu bewahren. Darum geht es, aber nicht darum, wer hier im Hohen Haus recht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Förster.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Andreas Lorenz, in Ihrer Rede bei der Ersten Lesung der Gesetzentwürfe am 2. Februar dieses Jahres haben Sie sich freundlich darüber beschwert, dass Sie sich alle zwei Jahre mit diesem Thema aus-

einandersetzen und dabei immer die gleichen Argumente hören müssen. Dazu möchte ich nur sagen: Wir bringen aktuelle Aspekte und neue Erkenntnisse, und natürlich wiederholen wir auch das eine oder andere Argument; denn diese Argumente waren nicht nur 2005, 2010 und 2012 richtig; sie sind es immer noch. Nur Sie von der CSU haben sie noch nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Aus der Erfahrung in diesem Hohen Haus weiß ich, dass es bei bestimmten Themen nicht nur gute Argumente, sondern vor allem auch Zeit, Geduld und Beharrlichkeit braucht, bis die CSU einen Antrag als gut und richtig erkennt und ihn dann, wahrscheinlich auf eigenem Fraktionspapier, einbringt. Ich hoffe aber immer noch auf Ihre Zustimmung zu den Anträgen, die wir eingebracht haben; denn es geht nicht um einen Schaukampf hier im Plenum, sondern es geht um die jungen Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Die Absenkung des Wahlalters ist ein gesellschaftspolitisches Thema. Sie ist aber kein rein bayerisches und auch kein rein deutsches Thema. Dabei haben die meisten anderen deutschen Bundesländer schon nachgezogen. 10 von 16 Bundesländern haben die Absenkung des Wahlalters auf 16 schon vollzogen. Vorreiter war 1996 Niedersachsen unter einer SPD-Regierung. Die Absenkung des Wahlalters ist längst ein europäisches Thema. In seinem im November 2015 verabschiedeten Reformvorschlag empfiehlt das Europäische Parlament nicht nur eine Vereinheitlichung des Wahlrechts in Europa, sondern auch eine Absenkung des Wahlalters. Gleiches empfahl der Rat der Gemeinden und Regionen in Europa, RGRE, bei seiner 29. Sitzung in Straßburg. Kollege Taubeneder und ich waren bei diesem wichtigen Termin als bayerische Vertreter dabei.

Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 ist eine Chance zur Überwindung von Politikverdrossenheit. Darum geht es. Gerade mit Blick auf die EU ist es wichtig, dies wahrzunehmen; denn leider haben radikale oder gar extremistische Auswüchse in der EU

immer mehr Zulauf. Die Bereitschaft der jungen Menschen in Europa, Parteien wie die Front National, die PiS oder bei uns die AfD zu wählen, entspringt nicht primär der Begeisterung für nationale Ideen, sondern beruht vielmehr auf der Enttäuschung junger Menschen über die etablierten Parteien, von denen sie sich nicht mehr wahrgenommen und vertreten fühlen. Das zumindest hat eine Studie der Landeszentrale für politische Bildung Bremen ergeben. Das ist eine neue Erkenntnis, dies sei extra für den Kollegen Lorenz gesagt.

Um dieser Enttäuschung entgegenzuwirken, hat die SPD ihren Antrag, das Wahlalter auch bei Europawahlen auf 16 herabzusetzen, hochgezogen, weil es ihr um die europäische Dimension geht. Auch deswegen werbe ich um Ihre Zustimmung. Vor dem Hintergrund der sozio-ökonomischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten und der wachsenden Politikverdrossenheit ist ein niedrigeres Wahlalter in Europa, aber natürlich auch in den einzelnen Ländern, eine Frage des öffentlichen Interesses, dem wir verpflichtet sind. Mit der Senkung des Wahlalters wären wir, die politischen Verantwortungsträger, gezwungen, uns stärker an den Interessen der jungen Menschen zu orientieren.

Seien wir doch ehrlich: Wir machen hier Politik für die Älteren und verhindern damit, dass junge Menschen an Entscheidungen beteiligt werden können, die anders ausfallen würden, als wir es uns in der Vorstufe unserer Altersfreizeit erhoffen. Die letzten Jugendstudien – die Kollegin Stamm hat einige aufgeführt, egal, ob Shell, SINUS oder die Studien der Stiftungen der politischen Parteien – haben unisono die Sicht der jungen Menschen auf die Politik wiedergegeben. Abgeordnete und Parteien wollen gewählt werden, also sehen sie vor allem die Interessen derjenigen, die ihnen die meisten Stimmen bringen; das sind heute schon die Älteren, und dieser Trend wird sich aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in Zukunft noch deutlich verstärken.

Dies sehen nicht nur die jungen Menschen so, sondern auch ältere Forscher. Ich zitiere aus dem Abschlussbericht des Kreisverwaltungsreferats München. Danach werden Themen der Jugendpolitik aufgrund der demografischen Überalterung der Wähler-

schaft nur peripher behandelt, wodurch das Desinteresse der Jugendlichen steigt. 69 % der Jugendlichen stimmten der Aussage zu, dass sich Politiker nicht darum kümmern, was Jugendliche denken. Kein Wunder, dass hier ein gewisser Frust aufkommt.

Überlegen Sie sich einmal, welche Signale wir bayerischen Politiker hier in diesem Hohen Haus aussenden. Ich nenne nur ein Stichwort: Jugendenquete! Wir waren uns einig, dass die 2008 veröffentlichten Ergebnisse der Enquetekommission in die Praxis umgesetzt und in der 16. Legislaturperiode hinterfragt werden sollten. Acht Jahre später ist wenig passiert. Ob wir das Hearing, mit dem wir die Bedürfnisse und Wünsche junger Menschen, wie Politik aussehen soll, abfragen wollen und das wir im Sommer letzten Jahres beschlossen haben, noch vor der Sommerpause 2016 durchführen können, wage ich zu bezweifeln. Das ist das Signal, das von uns ausgeht, wie wichtig uns die Meinung der jungen Menschen in Bayern ist.

Trotzdem wollen die jungen Menschen in Bayern mitgestalten und sich vermehrt politisch engagieren. Natürlich können sie es nur im Rahmen der Möglichkeiten, die sie bei unserer Politik für sinnvoll sehen. Sie boykottieren Wahlen, unterschreiben Petitionen und nehmen auch an Demonstrationen teil. Die Identifikation mit und das Vertrauen in Parteien sind nicht vorhanden. So sehen es auch die drei Autorinnen einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel "Lebensentwürfe junger Frauen und Männer in Bayern", die auch Kollegin Stamm schon erwähnt hat. Die Autorinnen leiten aus den Ergebnissen dieser Studie ebenfalls einen akuten Handlungsbedarf für die Politik ab, die ansonsten den Nerv dieser Generation nicht trifft. Wählen ab 16 wäre ein klares Signal, das wir senden könnten.

Natürlich muss die Absenkung des Wahlalters mit politischer Bildung innerhalb und außerhalb der Schulen und Jugendverbände kombiniert werden. Dadurch lässt sich dieses Ergebnis ausbauen. Das ist auch Bestandteil des Dringlichkeitsantrags auf Drucksache 17/9379. Dazu wollen wir eine namentliche Abstimmung durchführen, damit Sie auch nach außen zeigen können, wie wichtig Ihnen die Partizipation junger Menschen ist.

Die Relevanz politischer Teilhabe ist auch ein Bekenntnis zu unserem demokratischen System. Das bedeutet eine Abwehr von extremistischem und radikalem Gedankengut, das genau in dem Vakuum entstehen kann, das wir zulassen, wenn wir die jugendliche Partizipationsbereitschaft nicht in echte Teilhabe in Form von Wahlen münden lassen. Das bestätigt auch die Bertelsmann-Studie vom Dezember 2015, über die wir bereits in der Ersten Lesung der Gesetzentwürfe gesprochen haben. Kollege Lorenz, Sie kennen diese Studie. Mit Begeisterung zitieren Sie einen Part aus dieser Studie, wonach 80 % der Befragten gegen eine Absenkung des Wahlalters sind. Sie vergessen dabei aber zu erwähnen, dass dies 80 % der gesamten deutschen Bevölkerung waren. Das sind also die älteren Menschen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie wir auch!)

– Wie auch die Mehrheit dieses Hauses! Die jungen Leute wünschen zu mehr als 50 % mehr Mitsprache. Die sollten wir ihnen auch geben.

(Beifall bei der SPD)

Junge Menschen werden in vielen Bereichen wie Erwachsene behandelt. Sie müssen Steuern zahlen. Sie können einer Beschäftigung nachgehen und haben gesetzliche Pflichten. Sie können entscheiden, welche Schulart sie wählen. Diese Argumente will ich aber schon wegen der Zeit gar nicht wiederholen. Ebenso wenig will ich die neuen entwicklungspsychologischen Erkenntnisse erwähnen. Ich könnte jetzt zwei Seiten mit Studien und Zitaten von Professoren und Instituten vorlesen, die einfach sagen: Junge Menschen sind bei uns schon ab 12, spätestens aber ab 14 sehr wohl in der Lage, entsprechende Entscheidungen zu treffen.

Auch die Ergebnisse unserer Jugend-Enquete, die Sie auf Teufel komm raus nicht behandeln wollen, haben klar nachgewiesen: Junge Menschen in Bayern wollen früher wählen. Bitte nehmen Sie doch endlich die Ergebnisse unserer eigenen Forschungen und Materialsammlungen im Landtag ernst; stimmen Sie für den Gesetzesantrag auf Absenkung des Wahlalters! Ich ende mit einem Zitat des Bayerischen Jugendrings:

Politik interessiert sich heute zu wenig für junge Menschen – und nicht umgekehrt. Junge Menschen wollen unsere Gesellschaft mitgestalten. Und das Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe wächst mit den Möglichkeiten, an Entscheidungen mitzuwirken.

Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Lorenz.

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei Kollegen Förster dafür bedanken, dass er mich mit meinen 44 Jahren noch als jung bezeichnet hat. Herzlichen Dank für dieses Kompliment!

Ansonsten darf ich Sie aber korrigieren, Sie haben gesagt, dass wir dieses Thema im zweijährigen Rhythmus behandeln. Es ist sogar fast wesentlich häufiger; wir behandeln es etwa im jährlichen Rhythmus. Da es immer Beratungen in Erster und Zweiter Lesung gibt und die Angelegenheit in einem beratenden und einem mitberatenden Ausschuss behandelt wird, hatten wir das Thema in den letzten drei bis vier Jahren quasi im Vierteljahresturnus. Wir haben uns etwa ein Dutzend Mal über das Thema "Wahlalter 16 Jahre" unterhalten.

Sie nennen als einen der Gründe, warum Sie das Wahlalter von 16 so forcieren, dass die Jugendlichen begeistert werden sollen und partizipieren sollen. Wenn man ein Thema in den letzten drei, vier Jahren zwölfmal behandelt und keinen neuen Vorschlag bringt, begeistert mich das nicht, und es reißt mich auch nicht vom Hocker. Was Sie da leisten, ist wirklich ein Beitrag zur Langeweile, ein Beitrag zur Politikverdrossenheit. Ich würde mir wünschen, dass Sie einmal neue Ideen und ein anderes

Thema hätten, statt das gleiche Thema, wie in den letzten drei, vier Jahren in etwa zwölfmal, also immer wieder zu beraten.

(Beifall bei der CSU – Dr. Linus Förster (SPD): Eine gute Idee muss man nicht durch eine schlechte ersetzen!)

Ein witziges Argument, das Sie gebracht haben, ist die Vereinheitlichung bei der Europawahl. Ich stelle fest: Eines der 28 Länder hat das Wahlalter 16; 27 Länder haben das Wahlalter 18. Wenn Sie von einer Vereinheitlichung sprechen, frage ich mich, was sinnvoll ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linus Förster (SPD))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Andreas Lorenz (CSU): Im Anschluss bitte. – Ist es sinnvoller, dass sich 27 Länder an eines anpassen, als dass sich das eine Land an die 27 anpasst? Der Vorschlag einer Vereinheitlichung liegt also wirklich völlig daneben. Die absolute Mehrheit der europäischen Staaten – 27 von 28 – hat das Wahlalter 18.

Auch die Mehrheit der Bevölkerung – Sie haben es selbst gesagt – ist gegen das Wahlalter 16. Knapp 80 % haben nach der von Ihnen selbst zitierten Studie das Wahlalter 16 abgelehnt. Nachdem Sie immer wieder den gleichen Antrag stellen, bleibt mir nichts anderes übrig, als ihn auch immer wieder mit den gleichen Argumenten abzulehnen.

Wir sind der Meinung, dass das Wahlrecht ein wichtiges demokratisches Recht ist. Die Bürger haben da im Übrigen indirekt auch eine sehr hohe Verantwortung für die Parteien und Personen, die sie wählen und die beispielsweise in kommunalen Angelegenheiten selbst Entscheidungen treffen. Da wird über millionenschwere Bauprojekte abgestimmt. Nehmen Sie zum Beispiel die drei Tunnels am Mittleren Ring bei uns. Wenn man bei seinen eigenen Entscheidungen nicht eigenverantwortlich handelt, macht es

aus unserer Sicht keinen Sinn, bei sehr wichtigen Entscheidungen, die man für andere Personen trifft, auf das Wahlrecht zu kommen.

Das Wahlrecht ist kein minderes Recht. Jemand, der das Wahlrecht hat, soll eine gewisse Reife und eine politische Urteilsfähigkeit haben. Er muss die Verantwortung erkennen und muss bei sonstigen Handlungen und bei Rechtsgeschäften, die er tätigt, bei Verträgen, die er abschließt, usw., wenn er etwas kauft, genügend Erfahrung haben. Das Wahlrecht kann man nicht einfach als minderes Recht betrachten.

Sie haben ferner von Bürgerversammlungen und Einwohnerversammlungen gesprochen. Wir haben da halt einfach grundsätzlich ein anderes Staatsverständnis. Die Staatsgewalt geht vom Bürger aus. Sie möchten – das betrifft die GRÜNEN –, dass quasi auch Ausländer, die vor Kurzem zugezogen sind, und Minderjährige abstimmen können. Selbstverständlich können sich alle – das ist auch der Regelfall – an Bürgerversammlungen beteiligen; aber abstimmen – es geht ja hier auch um Entscheidungen – können selbstverständlich nur die Bürger.

Kurzum, uns bleibt nichts anderes übrig, als den Antrag erneut abzulehnen. Ihnen ist selbstverständlich unbenommen, ihn im Rest der Legislaturperiode im jährlichen Turnus erneut zu stellen. Spannender wird das Thema dadurch nicht. Ich hoffe einfach auf Ihre Einsichtsfähigkeit und darauf, dass das Thema nicht im Vierteljahresrhythmus wieder behandelt wird.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst eine kleine Kritik an Ihnen, Herr Lorenz: Langweilig ist das Thema nicht; denn das Thema ist wichtig, und es ist auch gut, dass wir darüber immer wieder in regelmäßigem Rhythmus sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Denn es geht letztlich darum, wie Frau Stamm sagte, die Demokratie zu stärken und das Bewusstsein für die Demokratie so anzuheben, dass den Bürgerinnen und Bürgern wieder stärker bewusst wird, dass sie diejenigen sind, die die Republik gestalten. Das ist im Grunde das, was dahintersteht, und darum geht es hier.

Nur ist die Frage, ob wir dadurch, dass wir das Wahlalter auf 16 senken, schon den Schlüssel gegen Politikerverdrossenheit und Wahlmüdigkeit gefunden haben. Ich bezweifle das; denn es geht hier schon auch um die politische Teilhabe. Aber es muss noch mehr dahinter stehen. Im Grunde muss viel mehr in die politische Bildung und auch in die politische Erwachsenenbildung investiert werden. Es muss mehr Sozialkundeunterricht an den Schulen geben. Eine Stunde pro Woche ist viel zu wenig, um das Bewusstsein dafür zu wecken, was der Staat oder was Demokratie bedeutet. Das geschieht im Grunde viel zu wenig, und hier muss mehr gemacht werden.

Das gilt auch für das ganze Thema der Bürgerbeteiligung. Wir müssen die Bürger viel mehr an politischen Prozessen und Entscheidungen beteiligen. Da sind wir bei der Bürgerinformation. Die Bürger müssen besser und ausreichender informiert werden. Wir bräuchten ein Informationsfreiheitsgesetz, das den Zugang zu den Informationen regelt. Das sind alles Instrumente, die eingesetzt werden müssen.

Ein weiteres Thema ist ganz wichtig, und da müssen wir uns selber an die Nase fassen; denn es betrifft uns. Wir als Politiker müssen wieder anfangen, unsere eigenen Überzeugungen zu leben und darzustellen, statt nach vermeintlichen Mehrheiten zu schießen und frühere Überzeugungen tagtäglich immer wieder über den Haufen zu werfen. Das geht nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Dadurch kommt es zu Politikerverdrossenheit. Wir brauchen wieder politische Charaktere. Wir brauchen wieder Köpfe, die ihre Überzeugung leben, an denen sich die Mei-

nung der anderen reiben kann und mit denen man sich auseinandersetzen kann. Wir brauchen keine Ballone, in die man stechen kann und die nachher anders aussehen. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir über das Wahlrecht sprechen, ist unsere Meinung: Eine Absenkung auf 16 Jahre ist zu wenig. Man müsste da einmal fragen, ob man an die Volljährigkeit herangeht. Das Auseinanderklaffen von Volljährigkeit und Wahlrecht ist eigentlich ein Systembruch; denn ich kann nicht sagen: Man darf wählen, aber keinen Vertrag abschließen; man darf keinen Mietvertrag und keinen Kaufvertrag abschließen. Er ist schwebend unwirksam, bis er von den Erziehungsberechtigten genehmigt wird. Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wäre in der Folge eher ein Abwerten des Wahlrechts, wenn man nicht auch das Zivilrecht anpasst. Von daher müsste man, wenn wir ein Wahlalter von 16 Jahren wollen, darüber nachdenken, das Volljährigkeitsalter von 18 auf 16 Jahre zu senken; denn wer wählen kann, soll eigentlich auch alle anderen Rechte und Pflichten haben.

Eventuell könnte man das Wahlrecht generell angehen und überlegen, was es bedeutete, wenn wir sagten, Wahlrecht für alle. Das bedeutete dann zum Beispiel auch ein höchstpersönliches Elternwahlrecht, bei dem die Eltern für ihre Kinder wählen könnten. Das wäre ein anderer Schritt.

All diese Überlegungen sollte man anstellen, wenn man diesen Schritt gehen will. Solche Überlegungen sind hier im Hohen Hause aber nicht angestellt worden. Deshalb ist unsere Fraktion skeptisch. Wir könnten uns eine Absenkung des Wahlalters im kommunalen Bereich vorstellen. Aber im Grunde sollte man, wenn überhaupt, etwas aus einem Guss machen und überlegen, wie man unsere Bürgerinnen und Bürger wieder stärker für unsere Demokratie begeistern kann.

Das Absenken des Wahlalters bei Jugendlichen auf 16 oder das Absenken der Volljährigkeit auf 16 Jahre halte ich für kritisch. Ich warne davor. Wir neigen dazu, unsere

Jugendlichen immer früher in die Verantwortung zu drängen und sie immer früher Entscheidungen treffen zu lassen, die das Leben unter Umständen schon sehr früh prägen, da damit Wege festgeschrieben werden. Meine Damen und Herren, die Jugend sollte die Zeit sein, in der man sorglos und weltoffen ins Leben hineingehen und seinen Lebensweg noch wertfrei suchen kann. Diese Chance sollten wir unserer Jugend lassen.

Deshalb mein Appell: Lasst der Jugend die Jugend, macht sie nicht vorzeitig zu Erwachsenen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Staatssekretär Eck das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Nur einige kurze Anmerkungen: Frau Stamm, wir haben keine Angst. Das möchte ich zunächst einmal feststellen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Klingt aber so!)

Sie haben das zum Ausdruck gebracht, und ich widerspreche Ihnen. Wir haben keine Angst. Wir wollen eine funktionierende Demokratie, und ob ein Thema langweilig ist oder nicht, will ich nicht werten. Wenn alte Platten immer wieder aufgelegt werden, können sie zwar interessant sein, aber möglicherweise werden sie für den einen oder anderen doch langweilig. Ich kritisiere, dass Sie keine neuen Erkenntnisse haben einfließen lassen, als Sie das Thema erneut diskutieren wollten. Ich habe schlicht und ergreifend vermisst, dass Sie die Bertelsmann-Studie erwähnten. Nach dieser Studie sind 79 % der Deutschen für die Beibehaltung des geltenden Wahlalters.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

– Jetzt rede ich. Sie haben anschließend die Möglichkeit, Ergänzungen zu bringen.

79 % der Deutschen wollen die Beibehaltung des geltenden Wahlalters. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch Folgendes sollte bei einer solchen Diskussion unbedingt angesprochen werden. In drei Ländern, nämlich Hamburg, Bremen und Brandenburg, ist das Wahlrecht auf 16 Jahre abgesenkt worden. Das muss man nun aber auch analysieren. Man hat festgestellt, dass die Wahlbeteiligung gerade in diesen Ländern wesentlich unterdurchschnittlich ist. Sie haben vorhin genau das Gegenteil behauptet. Sie sprachen davon, viel Enthusiasmus und Energie genau in diesem Lebensbereich zu verspüren. Das ist nicht so.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Nein. – Für uns ist das Wahlrecht unabdingbar mit der Volljährigkeit verbunden. Eine plausiblere Grundvoraussetzung gibt es für uns nicht.

Nicht alles kann ich unterstreichen, aber wenn was richtig angedacht wurde, wie es beim Kollegen Streibl der Fall war, dann will ich das sehr gerne tun. Gerade der letzte Satz, dass man die Jugend nicht einfach mit einer Emotion, vielleicht auch aus wahltaktischen Gründen in Zwänge hineinbringen soll, sollte berücksichtigt werden.

Last but not least als letzter Punkt: Liebe Frau Stamm, Sie haben das Rederecht der Jugendlichen, das heißt aller Bürgerinnen und Bürger angesprochen. Dazu gibt es bereits einen Landtagsbeschluss, der Ihnen möglicherweise durch die Lappen gegangen ist. Nun wird von Ihnen einfach so ein Entwurf vorgelegt, der die rechtlichen Voraussetzungen schaffen soll, dass alle Bürgerinnen und Bürger – egal welchen Alters – das Rederecht bei Bürgerversammlungen auf kommunaler Ebene erhalten.

Wir haben dieses Anliegen bereits aufgegriffen, und das ist nicht mit Angst belegt; es ist vielmehr eine verantwortungsbewusst organisierte demokratische Staatsform. In diesem Sinne bitte ich die vorliegenden Anträge und Gesetzentwürfe abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, Herr Staatssekretär, bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Förster.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär, Sie haben erwähnt – es sind übrigens 10 von 16 Bundesländern, die die Absenkung des Wahlalters eingeführt haben –, dass keine euphorische Stimmung bei den Erstwählern erzielt worden sei. Das gebe ich zu. Das sagen alle vorliegenden Forschungsergebnisse. Aber eine daraus folgende wesentliche Steigerung ist bei denjenigen, die ein zweites Mal wählen gehen, durchaus festzustellen. Es ist wissenschaftlich untermauert, dass man durch einen früheren Einstieg in die politische Auseinandersetzung, also in das Recht zu wählen, bereits früher einen intensiveren Kontakt zur Politik hat und sich dadurch aktiver und weitgehender mit der Politik beschäftigt. Ist Ihnen das Ergebnis dieser aktuellen Studie bewusst?

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Lassen Sie mir bitte diese Studie zukommen; ich werde mich damit beschäftigen. Wenn Sie dann die 18. Auflage Ihres Antrags hier einbringen, werde ich darüber berichten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie weiterhin am Rednerpult, Herr Staatssekretär. Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung der Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatssekretär, Ihre letzte polemische Bemerkung hat Sie wirklich so was von disqualifiziert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Es ist uns ein wichtiges und wirklich grundlegendes Anliegen, die Demokratie zu stärken. Wenn Sie glauben, uns sagen zu müssen, wie das Instrument auszusehen hat, um dahin zu kommen, dann finde ich das schon etwas merkwürdig. – Abgesehen davon war es möglicherweise auf der Regierungsbank zu unruhig. Vielleicht gab es

dort zu viel Geratsche. Vielleicht hat es Sie gestört, dass der Ministerpräsident und der Finanzminister öffentlich zeigen mussten, dass sie wieder miteinander reden. – Der Kollege Linus Förster hat genau die von Ihnen angesprochene Studie der Bertelsmann-Stiftung ausführlich erwähnt.

(Staatssekretär Gerhard Eck: Die neueste ...!)

– Danke, dass ich reden darf. Er hat auch gesagt, dass ungefähr 80 % der gesamten deutschen Bevölkerung die Absenkung ablehnen. Wenn man allerdings in das untere Alterssegment schaut, sieht es genau anders aus. Da gibt es über 50 % Zustimmung.

Im Übrigen habe ich auch eine Studie erwähnt. Wenn Sie vielleicht noch weitere Erkenntnisse haben, freue ich mich, darüber zu hören. Nichtsdestoweniger haben wir durchaus in der Debatte neue Argumente eingebracht. Ich wollte Sie einfach noch einmal bitten, nicht mit der alten Leier zu kommen, es gebe nichts Neues. Es ist nun einmal so: Wenn uns ein Anliegen wichtig ist, wird es immer mit der Forderung begleitet, dass wir in der Schule mehr politische Bildung brauchen. Das ist doch selbstverständlich; denn von alleine kommt das nicht. Dann ist es eben genau unser Vorstoß zu fordern: Jugendliche endlich ernst nehmen und partizipieren lassen! Ich hätte mich gefreut, wenn andere Argumente von Ihrer Seite gekommen wären.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Liebe Frau Kollegin Stamm, ich hätte mich gefreut, wenn sich Ihre Zwischenbemerkung an dieser Stelle auf die Sache konzentriert hätte und nicht einfach polemisches Gesäusel in Bezug auf Lärm von der Regierungsbank gewesen wäre.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN)

Was Sie jetzt aus Studien zitiert haben, waren die Dinge, die gerade in Ihren Antrag passen. Zahlen von 79 % habe ich jedenfalls nicht vernommen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Ich sprach von 80 %!)

Wenn diese Zahlen genannt worden sind, bitte ich das zu entschuldigen. Ich habe sie auf jeden Fall nicht gehört.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Sie haben nicht zugehört!)

Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen: 79 % der Deutschen – das liegt mir schriftlich vor – sind der Meinung, dass die Beibehaltung des jetzigen Wahlalters richtig ist. Das können Sie mit noch so vielen Anträgen nicht ausräumen. Machen Sie neue Umfragen, dann können wir das ganze Thema neu beleuchten. Ich meine, es ist in Ordnung, neu zu diskutieren, wenn man neue Erkenntnisse hat. Aber auf der Grundlage des letzten Kenntnisstandes, nach dem sich seit den letzten Diskussionen nichts geändert hat, bitte ich darum, die Anträge und Gesetzentwürfe abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Initiativgesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/9735 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Jetzt folgt die Abstimmung über den Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/9757. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt auch hier die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen

dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Der Gesetzentwurf ist ebenfalls abgelehnt.

Jetzt lasse ich in einfacher Form über den Antrag der Abgeordneten Dr. Förster, Schindler, Arnold und andere und Fraktion (SPD) betreffend "Wahlalter 16 bei der Europawahl" auf Drucksache 17/10274 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Es folgt jetzt die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Dr. Förster, Aures und andere und Fraktion (SPD) betreffend "Absenkung des Wahlalters auf 16", Drucksache 17/9379. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Stimmabgabe Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11.22 bis 11.27 Uhr)

Noch eine Minute. – Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Wir zählen außerhalb des Plenarsaals aus und geben das Ergebnis später bekannt.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich gebe noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Dringlichkeitsantrages der Abgeordneten Rinderspacher, Dr. Förster, Aures und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Absenkung des Wahlalters auf 16",

Drucksache 17/9379, bekannt: Mit Ja haben 41 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 93, eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.06.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Inge Aures u. a. und Fraktion SPD; Absenkung des Wahlalters auf 16 (Drucksache 17/9379)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina			
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander			
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	41	93	1